

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

Oktober 1973

Evangelische Verantwortung

Heft 10/1973

Wie wir morgen leben wollen

Peter Egen

Unter dem Leitthema „Wie wir morgen leben wollen“ fand die 18. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU vom 7. bis 9. September 1973 in München statt. Bereits die große Zahl der Anmeldungen zu dieser Tagung signalisierte das große Interesse, das der Arbeitskreis mit dieser Tagung sowohl innerhalb des Bereichs der Unionsparteien als aber darüber hinaus auch insbesondere im kirchlich geprägten, vorpolitischen Raum fand.

Unter den mehr als 1100 Tagungsteilnehmern — es war die bisher größte Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises — befanden sich in ungewohnt hoher Zahl kirchliche Mitarbeiter; auch die Zahl der in der kirchlichen Laienarbeit stehenden Teilnehmer war sprunghaft angestiegen.

Die Münchener Tagung wurde mit einem Abendgespräch eingeleitet, in dessen Verlauf von Podiums- und Tagungsteilnehmern eine Antwort auf die Frage gefunden werden sollte, welche Relation zwischen dem christlichen Glauben und politischen Entscheidungen besteht. An diesem Gesprächsabend wirkten auf dem Podium neben evangelischen Theologen und Laien auch engagierte Männer und Frauen aus dem katholischen Bereich mit. Zu Beginn des Abendgespräches rief Kai-Uwe von Hassel den Evangelischen Arbeitskreis dazu auf, mit dazu beizutragen, daß in diesem Land eine Politik aus christlicher Verantwortung gestaltet wird, und

betonte mit Nachdruck, daß die einigende Kraft der CDU/CSU auf dem christlich geprägten Bild vom Menschen und seiner Wertordnung bestünde; gleichzeitig bekannte sich von Hassel zur Verantwortung der Christen für die Gestaltung der Welt.

Aus dem Inhalt

Wie wir morgen leben wollen Peter Egen	1
Ein Pfarrer und seine Münchener Eindrücke Klaus-Jürgen Laube	3
Zu den Kirchen-Thesen der FDP Ein Papier mit vielen Schwächen Erwin Wilkens	6
Keine brauchbare Grundlage Helmut Kohl	7
Die Ergebnisse aus den Arbeitskreisen der EAK-Bundestagung	
Arbeitskreis I	8
Arbeitskreis II	9
Arbeitskreis III	9
Arbeitskreis IV	10
Aus unserer Arbeit	11
Die 18. Bundestagung im Spiegel der Presse	12

Auf die Frage eines Podiumsteilnehmers, was die Kirche dem Politiker heute geben könne, antwortete der Direktor der Katholischen Akademie in Bayern, Dr. Franz Henrich, daß sie ihm Geborgenheit geben könne, jene Geborgenheit nämlich, die sie jedem Menschen anbiete, der sich bemühe, zu glauben. Die Kirche warnte Henrich eindringlich

vor einer Flucht ins Ghetto, denn dies bedeute den Tod der Kirche. Wiederholt wurde in der Diskussion formuliert, daß man im politischen Bereich von der Kirche keine Weisung, aber Wegweisung erwarte.

Die beiden Hauptreferate zu dem Leitthema der Tagung hielten der Bonner Theologieprofessor Dr. Martin Honecker sowie der Bundesvorsitzende der CDU, der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Dr. Helmut Kohl. Honecker setzte sich insbesondere mit der Antwort auf die Frage auseinander, wie wir morgen leben wollen; für ihn läßt sich diese Frage knapp mit einem einzigen Wort beantworten, mit dem Wort „menschlich“. So sagte Honecker, daß „menschlich“ leben wollen einmal heißt, daß wir Subjekte und nicht bloß Objekte, oder gar Opfer der Gesellschaft der Zukunft werden und bleiben wollen. Menschlich leben aber kann nur der, dem das Recht und die Möglichkeit zur Selbstbestimmung gegeben ist. Menschlich leben wollen, so sagte Honecker, erfordert die Freiheit zur Verantwortung. In der Diskussion um Mitbestimmung und Mitentscheidung artikuliert sich nach seiner Ansicht solcher Wille zur Selbstbestimmung als Forderung nach einem gesetzlich gesicherten Recht. Honecker verwies auch darauf, daß es nicht Aufgabe der Kirche sei, Lehrmeister und Vormund der Gesellschaft zu sein; vielmehr habe die Kirche ihren Auftrag in der Erhaltung der Einsicht in die Menschlichkeit des Menschen, die der Widerhall wahrer Humanität ist.

Helmut Kohl forderte den Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU dazu auf, an einer oft beschworenen Neubesinnung auf die geistigen Orientierungspunkte unserer Partei und unserer Politik mitzuwirken. Er legte ein nachhaltiges Bekenntnis zu den klassischen Idealen von Freiheit, Gleichheit und Solidarität ab und appellierte an alle, bei ihrer Verwirklichung mitzuarbeiten. Kohl erklärte in München, daß die CDU eine Gesellschaft und

einen Staat wolle, in dem Nächstenliebe und Solidarität nicht ein Wortgeklingel, sondern Richtlinien der alltäglichen Politik seien. Daher trete er für eine Politik der Solidarität ein, die den Menschen nicht in die Anonymität des Kollektivs verstößt, sondern ihm zu einer individuellen Freiheit und Würde verhilft, auch wo diese durch die Umstände bedroht sind.

Nach den grundlegenden Referaten von Honecker und Kohl diskutierten nahezu tausend Menschen nachmittags in vier Arbeitskreisen über die Problemkreise Arbeit – Selbstverwirklichung oder Ausbeutung? Bildung – zur Freiheit erziehen, Staat – zwischen Demokratie und Klassenkampf sowie Nation – überholt oder aktuell? In den Diskussionen und Ergebnissen aus den Arbeitskreisen zeigte sich ganz besonders das Selbstbewußtsein und auch ein neues Selbstverständnis des Arbeitskreises. Gerhard Schröder, der den Arbeitskreis als ein Forum des freien Gedankenaustausches und des grundsätzlichen Gesprächs sieht, weiß, daß diesem Arbeitskreis für die geistige Auseinandersetzung innerhalb und außerhalb der Union ein besonderer Stellenwert zukommt; dies wurde nicht zuletzt auch durch die Rekordflut von Anmeldungen, insbesondere aus dem Bereich der Sympathisanten des Arbeitskreises, erklärt.

Auf einer öffentlichen Schlußkundgebung unter Leitung von Helga Wex nahmen die Unionspolitiker Werner Dollinger, Gerhard Schröder und Franz Josef Strauß zu drängenden Problemen unserer Zeit Stellung. Werner Dollinger setzte sich hierbei auch intensiv mit dem von der FDP-Kommission vorgelegten Kirchenpapier auseinander; für Dollinger ist dieses Papier nichts anderes als ein großer Rückfall in den freisinnigen Liberalismus. Gleichzeitig kritisierte er die Stellungnahme Brandts zu der Behandlung Intellektueller in der Sowjetunion. Als Friedensnobelpreisträger – so erklärte Dollinger – müsse

Brandt seine Stimme in ganz anderer Art und Weise erheben. An die Adresse der Kirche gerichtet, sagte Dollinger, daß die Kirchen klarer erkennen müßten, daß Christentum und Marxismus unvereinbar seien.

Strauß warnte in seinem breit angelegten Grundsatzreferat davor, die Lebensqualität der Zukunft nicht mehr in eine unbedingte Abhängigkeit von der persönlichen politischen Freiheit des Menschen setzen zu wollen. Wer auch, so betonte Strauß, in Zukunft in Frieden und Freiheit leben wolle, dürfe sich jetzt nicht den Luxus der Selbsttäuschung leisten.

Gerhard Schröder ging in seiner Schlußansprache nicht nur auf die Bereitschaft der Bonner Opposition ein, im Interesse des Ganzen die Außen- und Sicherheitspolitik auf eine breite Basis zu stellen, sondern forderte auch die Bürger unseres Landes zur verstärkten politischen Aktivität auf. Nach Ansicht Schröders ist die Öffnung der Parteien für weitere Kreise nicht nur eine organisatorische Frage, sondern in hohem Maße eine solche der geistigen Offenheit. So sieht der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises in der Aktivierung des Bürgersinns für die Gemeinschaft eine große Aufgabe für die Unionsparteien, ganz besonders aber auch für den Evangelischen Arbeitskreis.

Mit dieser Tagung dokumentierte der Evangelische Arbeitskreis mehr als nur seine Existenzberechtigung; sein Anspruch, als geistiges Forum für die Union auf ökumenischer Basis besonders in den kirchlich gebundenen Raum hineinzuwirken, ist unüberhörbar. Das Wort aus dem Matthäus-Evangelium „Was hülfte es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne und nähme doch Schaden an seiner Seele“, welches der Bonner Theologiestudent Peter Hintze zum Bezugspunkt seines geistlichen Wortes vor nahezu tausend Menschen machte, stimmte froh und nachdenklich zugleich.

Ein Pfarrer und seine Münchener Eindrücke

Klaus-Jürgen Laube

Den nachfolgenden Bericht über die 18. Bundestagung erhielten wir von Pfarrer Laube aus Herford. Wir sind hierfür besonders dankbar, weil eine Wertung unserer Tagung dabei aus der Sicht eines Nicht-CDU-Mitglieds erfolgt, wobei die theologisch-feuilletonistische Betrachtungsweise Gelegenheit zur kritisch aufmunternden Begleitung unserer Münchener Tagung bietet.

Ein Bericht über die 18. Bundestagung des Ev. Arbeitskreises der CDU/CSU, geschrieben von einem Teilnehmer, der sich erstmalig auf dieser Veranstaltung informieren wollte, kann weder vollständig noch verbindlich sein. Das Urteil ist subjektiv, weil es auch von der Teilnahme an einzelnen Arbeitsgruppen abhängig ist, ohne zur Kenntnis nehmen zu können, was im Nachbarraum geschieht. Trotz dieser Einschränkung bildet sich ein Eindruck dieser Veranstaltung, der hier gern vermittelt sein soll.

Für direkte Gespräche

Das Abendgespräch zum Thema „Christlicher Glaube und politische Entscheidungen“ wurde nicht von der „Linken“, aber von der Technik unterwandert. Obwohl bekanntlich auch die Technik nicht „wertneutral“ ist, schienen hier keine Ideologen, sondern Technologen am Werk gewesen zu sein und wie jene in Sachfragen eine zu „lange Leitung“ zu haben. Diese „lange Leitung“ bewirkte dann auch, daß fast alle Wortmeldungen zu „lang“ ausgefallen sind. Für die Hinterbänker im Saal war das Podium kaum zu verstehen und umgekehrt, aber so viel war doch zu hören, daß man nach „mehr“ Hilfe der Kirche und der Theologen für den politischen Alltag verlangte. Aber wie die Hilfe geleistet werden soll, diese Frage ging im Strudel

von Vorurteilen, Wunschvorstellungen und diffusen Gedankengängen unter. Der Pastor soll sich um die Politik kümmern, den Benachteiligten, Behinderten und Unterprivilegierten (beliebtes Schlagwort!) helfen, die Kirche soll mit den Politikern nicht über dpa, sondern direkt sprechen (Beifall!). Der Pastor soll sich nicht um die Tagespolitik kümmern, die Kirche kein sozialer Verein werden, sondern „Gottes Wort verkündigen und Seelsorge üben“ (Beifall!). Was sollen die Pastoren und die Kirche nun? Hat das Podium dieses Problem aufgefangen, in dem kirchliche Wirksamkeit einerseits auf Sakristei und Altar beschränkt wird und andererseits sich im öffentlichen Mitreden verzehrt? Auf diese Weise verliert die Kirche an Substanz und Autorität, wie viele Redner meinten. Auch wurde beklagt, daß hier auf der Tagung des Arbeitskreises schon mehr christliche Bekenntnisse zu hören waren als in der Kirche der Heimatgemeinde, es sei denn, man fährt nach Dortmund zum Gemeindetag der Bekenntnisbewegung. Auch hier war vom Podium kein Beitrag zu vernehmen, der sich auf die Spannung zwischen Fundamentalismus und wissenschaftlicher Theorie bezogen hätte. Dabei waren gerade für dieses Thema so kompetente Leute auf dem Podium wie Perlitt, Kehrer und Jung, bis hin zum Moderator Bolewski, die alle zur Stellung der historisch-kritischen Theologie im Zusammenhang von Wissenschaft und Forschung hätten Auskunft geben können. So ist der Eindruck entstanden, als ob diese sog. „moderne Theologie“ in der Kirche mit den hier vereinzelt auftretenden Radikalen gleichzusetzen wären. Man hätte sich hier gern eine Diskussion gewünscht, die sich an das berühmte Wort Schleiermachers anschließen könnte: „Soll der Knoten der Geschichte so auseinander gehn: das Christentum mit der Barbarei und die Wissenschaft mit dem Unglauben?“ (Zweites Sendschreiben an Lücke, 1829, Werke zur Theologie II, 614). Eber-

hard Stammler sieht die Schwäche des „C“ in der CDU zu Recht darin, daß die Denkprozesse der modernen Theologie hier, – wenn vielleicht nicht mit Argwohn abgewehrt – aber jedenfalls nicht hinreichend zur Kenntnis genommen und verarbeitet werden. Gegen Stammler wäre einzuwenden, daß damit das „C“ nicht verbraucht ist, sondern gerade auf seine Interpretation im Kontext gegenwärtiger Theologie und politischer Verantwortung wartet. Hier liegt die vordringliche Aufgabe des Evangelischen Arbeitskreises der CDU. Wo wäre z. B. die von Stammler vermißte ökumenische Diskussion besser aufgehoben als hier, wenn man den Druck zur Zusammenarbeit überspringt und sich den Anfragen aus den theologischen und ekklesiologischen Traditionen der beiden großen Kirchen stellt? Mir berichteten zwei katholische Teilnehmer der 18. EAK-Bundestagung aus München, daß es in der CSU keine Personalprobleme im Hinblick auf die Konfession gebe; zwei evangelische Teilnehmer aus dem ländlichen Franken erklärten, es wäre für sie aufgrund ihrer Konfession schwierig, in der CSU in führende Positionen zu kommen. Für einen Gemeindepfarrer war es eindrucksvoll, zu erleben, wie intensiv der Wunsch und die Bitte vorgetragen wurden, daß die Kirche ihre Verkündigung und geistliche Beratung nicht vernachlässigen möge, und zugleich die Not, darin schon örtlich oft vereinsamt zu sein.

Der Schluß dieses Abends bestätigte den Eindruck. Die Organisatoren haben „fundamentale“ Bibelkenntnis ohne historische Kritik erkennen lassen. Das angekündigte Glas Wein konnte nur Weißwein sein; denn in den Sprüchen 23/31 steht: „Siehe den Wein nicht an, daß er so rot ist und im Glase so schön steht.“ In einem Evangelischen Arbeitskreis der CDU hätte ja die historisch-kritische Exegese die historische Unechtheit dieses Verses erbringen müssen, was die Wahl der Farbe „weiß“ ersparte.

Mit dieser Wahl war schon der nächste Tag angedeutet. „Weiß“ bezeichnet liturgisch die Christusfeste, also auch die Auferstehung. So sollten alle die erinnert werden, deren Herz Richtung Schwabing schlug, trotz verkürzter Nachtruhe ihre irdische Auferstehung nicht zu verschlafen. Man hatte den Eindruck, um 10 Uhr wirklich wieder vollzählig versammelt zu sein. Das geistliche Wort, durch einen „stud. theol.“ vorgetragen, sollte nochmals überdacht werden. Man könnte sich dem Vorwurf aussetzen, an falscher Stelle der Jugend eine Konzession zu machen, also gerade der Anpassung zu erliegen, die sonst so heftig abgewehrt wurde. Das bedeutet nicht Kritik an Herrn stud. theol. Hintze, der seinen Auftrag so erfüllt hat, wie zu erwarten war. Gerade die Stimmen des Vortages sollten jedoch bedacht werden, wie überhaupt die Formulierung „geistliches Wort“ zu reformieren wäre. Geistlich wurde ursprünglich nur auf den Hl. Geist bezogen, und als geistlich galt, wer danach lebte, also Mönche und Nonnen. Das Wort wurde dann auf den Stand, auch im evangelischen Bereich auf den Pfarrerstand übertragen (Friso Melzer „Das Wort in den Wörtern“ S. 157 f.) und eignet sich nicht für die hier gemeinte Sache. Wie wäre es mit dem Mut zur Andacht im Sinn von „denken-an“?

Honecker brach Zahrnts Absolutheitsanspruch

Der Vormittag war ausgefüllt durch die Vorträge von Prof. Honecker und Ministerpräsident Kohl. Honecker vermochte wissenschaftliches Niveau und allgemeine Verständlichkeit so zu vereinen, daß der Absolutheitsanspruch Zahrnts auf diesem Gebiet gefährdet, ja gebrochen ist. Der Ansatz dieses

Vortrages ist wohl gewesen, der CDU/CSU einen Beitrag für die längst fällige Theoriediskussion zu liefern, da der Vorwurf des Bundeskanzlers Willy Brandt, die CDU/CSU habe sich und dem Lande durch ihren Pragmatismus geschadet, — weil ein Vakuum entstanden ist, — nicht so abwegig empfunden wird, wie anderslautende offizielle Erklärungen vermuten lassen (Kohl). Honecker hat im Innenbereich seines Vortrages versucht, die Verbindung von Theorie und Praxis anzudeuten, wenn die Beziehung von Freiheit und offener Gesellschaft, vom Menschen zum Menschen in der Gesellschaft, von Humanität und zukünftiger Gesellschaft dargelegt wurden. Aber es bestand im Außenbereich keine Verbindung zu dem Referat von Helmut Kohl, der unter dem Thema „Freiheit — so wollen wir morgen leben“ — die politischen Tagesfragen behandelt hat. Beide Referate haben keine Beziehung zueinander erkennen lassen, wie eine Theorie der Freiheit (Honecker) in das praktisch politische Wollen der Partei (Kohl) eingehen könnte. Dazu kam eine unglückliche Regie; denn beide Referate konnten aus zeitlichen Gründen nicht mehr zur Aussprache gestellt werden. Nur die charmante Autorität Gerhard Schröders vermochte diesen Fehler zu überspielen; denn seine Hoffnung, dies könnte noch in den Arbeitsgruppen geschehen, war gewiß nur rhetorischer Art.

Im einzelnen wäre an Honecker die Frage zu stellen, ob sein Hinweis auf die Anthropologie als einer entscheidenden Frage für die zukünftige Humanität und Gesellschaft nicht viel deutlicher das Spezifikum christlicher, ja hier besonders evangelischer Anthropologie hätte herausarbeiten können. So nützlich die Zitate Nietzsches und Burckhardts auch waren, die Frage nach dem „neuen Menschen“ im Blick auf die Buße wurde mit Blaise Pascal, kaum gestellt, schon wieder abgebrochen. „Was ist der Mensch?“ (I. Mos. 2—4). Ein wenig mehr als die Kaul-

quappe oder nur etwas weniger als Gott? (Thielicke). Im Foyer lag die vorzügliche Einführung Jürgen Moltmanns auf dem Büchertisch: „Mensch — christliche Anthropologie in den Konflikten der Gegenwart“ (Kreuz Verlag 1971 Bd. 11, Verleger anwesend). Von der christlichen Anthropologie her wäre die Bedeutung der Taufe zu entfalten, ihre Stellung im Blick auf die Mitgliedschaft in der Kirche und die Erziehung. Beide Themen sind höchst aktuell! Selten war die Chance so groß, das Verhältnis von Taufe und Mitgliedschaft vor einer breiten Öffentlichkeit zu erörtern (s. FDP-Thesen). Taufe und Erziehung in christlich-anthropologischer Sicht könnten darlegen, daß der Glaube entwickelt werden muß und in den Vorgang der Erziehung gehört. So könnte christliche Anthropologie zu dieser Not in unserer Gesellschaft viel beitragen. Wo kann sie sich zur Sprache bringen?

Kohl: „C“ verpflichtet zur sachgerechten Entscheidung

Damit wäre die Beziehung von Anthropologie und Sprache angedeutet, die von Honecker leider nur genannt wurde. Für den theologischen Bereich hat Hans Rudolf Müller-Schwefe gezeigt, wie das Wesen des Menschen sprachlich verfaßt ist und die gemeinschaftsbildende Kraft der Sprache aufgewiesen. Umgekehrt könnte man also zeigen, wie der Mißbrauch von Sprache in der politischen Polemik Gemeinschaft zerstört und das Freund-Feind-Verhältnis begründet. Gerade diesen Punkt hat Kohl in seiner überzeugenden Weise zu Recht aufgegriffen. Aber er ist, wenn er, weil Brandt in verschiedenen Reden das Wort „Barmherzigkeit“ benutzt, nicht gut beraten, sogleich von „Unbarmherzigkeit im politischen und geistigen Leben“ zu

reden. Das Wort gehört in den christlichen Wortschatz und bezeichnet hier keine Tugend des Menschen, sondern eine Gabe Gottes an den Menschen. Wer Barmherzigkeit empfangen hat, kann nicht anders, als sie weiterzugeben. In der CDU sollte dieser Sinn des Wortes bedacht werden. Es ist daher fast nur als Bekenntnis verwendbar, das Diskussionen beendet und keine Argumente zuläßt. Sollte der politische Gegner dieses Bekenntnis ablegen, dann ruft das „C“ zur Toleranz und sollte sich nur gegen den Mißbrauch wehren. Ferner wäre Kohls Behauptung zu erläutern, wie weit gerade das „C“ zur sachgerechten Entscheidung verpflichtet, um sich nicht wieder dem Vorwurf des Pragmatismus auszusetzen. Die hermeneutische Diskussion in der evangelischen Theologie der letzten 20 Jahre im Anschluß an die Arbeiten Rudolf Bultmanns, auch in Auseinandersetzung mit Gadamer und der Frankfurter Schule, hat soviel Material bereitgestellt, das nur auf die Stunde wartet, um abgerufen zu werden.

Diskussionen: Frage nach den Sachzwängen vertiefen

Der Nachmittag führte in die Arbeitsgruppen, die, so erfreulich die große Zahl der Teilnehmer, nicht sehr arbeitsfähig waren. In der Arbeitsgruppe III („Staat – zwischen Demokratie und Klassenkampf“) gelang dem umsichtigen Diskussionsleiter Dr. Wieck erst nach mehrfachen Ermahnungen bei der fünften Wortmeldung die gewünschte Kürze zu erreichen. Sein Kommentar „Das Beste an dieser Frage war die Kürze!“ kann im Vergleich der Meldungen doch noch als Kompliment verstanden werden. Dabei hatte die Technik jetzt keine lange Leitung mehr! Man diskutierte, besser äußerte sich zur Staatsform der parlamentarischen Demokratie, besonders die Beziehung zwischen Gewissen und imperativem Mandat. Dr. Wieck: Will hier jemand das imperative Mandat verteidigen? Er hätte auch fragen können: Will hier etwa jemand das

imperative Mandat verteidigen? In dieser Versammlung war es nur ein rhetorisches Problem.

Als die Frage nach den „Sachzwängen“ gestellt wurde, hätte sich eine echte Diskussion entwickeln können. Schon Vizepräsident von Hassel hatte am Abend vorher von der Politik als „Aufgabe eigener Art, mit eigenen Gesetzen, eigenen Anforderungen“ gesprochen. Dieser Frage nachzugehen ist dann bestenfalls dem Podium möglich, wurde aber hier nicht aufgefangen. Damit zugleich wäre das Thema „Freiheit“, immer wieder in die Debatte geworfen, in Verbindung zu bringen. Ist Freiheit nur durch „mehr Demokratie“ zu erreichen? Gibt es Freiheit nur noch als Mitwirkungsfreiheit im demokratischen Prozeß oder gibt es auch eine Freiheit gegenüber dem demokratischen Prozeß? Wie verhalten sich Staat und Gesellschaft zueinander? Steht der Staat der Gesellschaft gegenüber (Böckenförde), oder gehen beide so ineinander auf, daß der Staat nur als Wirkeinheit zu verstehen ist, als Instrument der Gesellschaft (v. Krockow). Dann kommt der Staat mehr und mehr in die Rolle, nur noch Instrument für die Erfüllung der Bedürfnisse in der Gesellschaft zu sein. Auch die Frage nach der Wertneutralität ist dann wieder neu zu stellen, ob nämlich unser Grundgesetz wirklich nur das Minimum des Sittengesetzes umfassen will und darf. Johannes Gross betonte nachdrücklich, darauf zu achten, sich vom politischen Gegner nicht die Sprache vorgeben zu lassen. Leider gelang auch ihm nicht, in der Frage der Öffentlichkeitsarbeit der Kirche zu differenzieren. Flüchtige Besuche in den anderen Arbeitsgruppen ergaben, daß der sonst z. Z. überall wie ein Kobold auftauchende Generationenkonflikt nur bei der „Nation“ zu finden war und hier je nach „Vorurteil“ sein Unwesen trieb bzw. die Diskussion bereicherte.

Am Samstagabend hatte der Ministerpräsident Alfons Goppel zum Empfang eingeladen. Er ermunterte seine Gäste mit Lk. 22/30 „daß ihr essen und trinken sollt in meinem Reich!“ Dafür hatte er sorgen lassen, so daß der Organisator dieses 18. Bundestreffens seinem Chef schon bald melden konnte: Deine Jünger essen und trinken! (Lk. 5/33). Alle Teilnehmer erlebten Bayern wie es ißt und

trinkt. Auf großen Tischen Salat, Brötchen, Brezeln, Leberkäs und große Wurst auch für alle kleinen Würstchen. Und wie einst das Wasser aus dem Felsen für das durstige Israel, strömte hier das Bier für trockene Kehlen und Lippen der Redner und Hörer. Nicht nur die Sprache, sondern auch gemeinsames Essen und Trinken, von munteren Reden begleitet, stiftet Gemeinschaft. Das erfahren vor allem die Christen, die sich beim „Mahl“ immer besonders verbunden wissen.

An der öffentlichen Versammlung am Sonntag konnte der Berichter nicht mehr teilnehmen. Berücksichtigt man die Berichterstattung in der Presse über den Samstagvormittag, welche Akzente die dpz-Zitate ohne Zusammenhang setzten und wie es wirklich war, dann weiß ich aus den Meldungen über den Sonntag: So war es nicht!

„Der Mensch aber, der sich selbst zum Maß setzt, der nicht an Gott glaubt und deshalb auch keine göttlichen Gebote akzeptiert, bringt neue Entwicklungen. Er macht sich nicht nur selbst zum Gott, sondern er entscheidet auch selbst, was gut und böse ist. Ich glaube, jeder kennt Beispiele, die beweisen, daß die Mißachtung göttlicher Gebote zwar für den einzelnen manchmal vorübergehend vorteilhaft sein kann, aber auf die Dauer für den Menschen zum Fluch wird. Denken wir an die Gewissenlosigkeit, wie man heute oft unabhängig von Alter, Geschlecht, Bildung und Beruf miteinander umgeht. Menschliches Zusammenleben wird damit oft in Frage gestellt und das, was heute so sehr als Lebensqualität immer wieder gefordert wird, wird gerade durch Skrupellosigkeit mangels Gewissens nicht erreicht.“

Die Utopie vom Menschen wird aber nicht nur problematisch in der persönlichen Verhaltensweise, sondern sie schlägt sich auch nieder in jener überheblichen und bedenklichen Meinung, daß jeder alles kann und zu allem fähig ist.“

Dr. Werner Dollinger, MdB,
stellvertretender Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU,
Mitglied der Synode der EKD

Zu den Kirchen-Thesen der FDP

Das von einer Kommission der FDP veröffentlichte Papier zum Thema „Freie Kirche im freien Staat“ hat zu einer breiten Diskussion über das Verhältnis Kirche—Staat geführt. Im folgenden bringen wir zwei Stellungnahmen zu diesem Thema: Einmal äußerte sich CDU-Vorsitzender Dr. Helmut Kohl, zum anderen nimmt Oberkirchenrat Erwin Wilkens aus der Kanzlei der EKD, Hannover, Stellung.

Ein Papier mit vielen Schwächen

Erwin Wilkens

Der Bundesvorstand der FDP hat ein Kommissionspapier für die weitere Erörterung des Verhältnisses von Kirche und Staat in den eigenen Parteigliederungen veröffentlicht. Darin wird in vierzehn Punkten unter der Zielsetzung „Freie Kirche im freien Staat“ ein Katalog von Forderungen aufgestellt, die auf eine Entfernung kirchlicher und christlicher Lebensäußerungen aus dem öffentlichen Leben hinauslaufen.

Es kann der FDP-Parteiführung nicht verborgen geblieben sein, daß die geistige und wohl auch personelle Urheberschaft dieser Thesen auf dem antireligiösen Flügel der Humanistischen Union zu suchen ist. Die Grundsätze der deutschen Jungdemokraten vom Anfang dieses Jahres über „Liberalismus und Christentum“ haben dieser geistigen Strömung in die politischen Überlegungen der FDP Eingang verschafft. Wenn sich damals auch Parteigremien von den atheistischen Ausgangspunkten der Jungdemokraten distanziert haben, so wird die Sache nicht dadurch gebessert, daß diese Grundlagen durch wohlklingende Freiheitsziele ersetzt, die praktischen Schlußfolgerungen aber so gut wie unverändert übernommen werden. Es ist deshalb auch anzunehmen, daß die FDP-Führung nicht gerade mit Begeisterung dem Druck und den Indiskretionen der Jungdemokraten gefolgt ist.

Trotz allem ist anzuerkennen, daß sich unter den vierzehn Punkten des FDP-Papiers eine Reihe von bedenkenswerten Vorschlägen befindet. Es gibt sicherlich Restbestände von früheren Kirche-Staat-

Regelungen, die man ändern kann. Die Kirchen werden einer Diskussion darüber nicht ausweichen. Allerdings ist zu bezweifeln, daß die gegenwärtige Diskussionslage dazu ausreicht, ein geschlossenes Programm von Forderungen zu vertreten. Es ist auch zu fragen, ob sich nicht eine politische Partei zuviel zutraut, wenn sie Bereiche zu reglementieren sucht, die tief in das Leben des einzelnen und in das Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Gruppen eingreifen. Dies ist mehr als die Mitwirkung bei der politischen Willensbildung des Volkes, die das Grundgesetz den Parteien zugesteht. Überhaupt sollte man wohl die Parteien gelegentlich daran erinnern, daß sie nicht den Gesamtbereich der Gesellschaft umfassen und daß sich nicht alle Lebensbereiche politisieren lassen im Sinne einer Ausweitung von Staatszuständigkeiten.

Das Verhältnis von Kirche und Staat befindet sich ohnehin in einer ständigen Entwicklung, auch wenn die Rechtsnormen lange Zeit hindurch unverändert bleiben. Dies ist auf dem Gebiet des Verfassungsrechtes eine allgemein bekannte Erscheinung. Wenn die FDP jetzt in einer Art Kraftakt eine Endlösung für das Verhältnis von Kirche und Staat anzustreben scheint, folgt sie offenbar — vielleicht vielen unbewußt — einer bestimmten Staatstheorie. Will die FDP tatsächlich die Errichtung eines liberalen Weltanschauungsstaates, in dem jedem einzelnen und jeder Gruppe der Gesellschaft vorgeschrieben wird, was sie zu denken und wie sie sich in der Öffentlichkeit zu verhalten haben? Ein solcher Staat ist nicht

besser als ein sozialistischer oder ein christlicher Weltanschauungsstaat. Ein liberaler Zwangsstaat ist ein Widerspruch in sich selbst.

Das FDP-Papier arbeitet erneut mit dem Schlagwort der Trennung von Kirche und Staat, das vielen als Zauberwort zur Lösung aller einschlägigen Probleme erscheint. Es gibt kein zeitlos festliegendes Verständnis einer Trennung von Kirche und Staat. Diese dient dazu, einen unangemessenen Einfluß des Staates auf die Kirche und umgekehrt der Kirche auf den Staat zu verhindern, insoweit ist die Trennung von Kirche und Staat in unserem Staatswesen aufgrund der Kirchenartikel der Weimarer Reichsverfassung, die unverändert in das Grundgesetz aufgenommen sind, verwirklicht. Es war immer die Überzeugung aller Beteiligten, daß auch eine solche Trennung die Regelung von bestimmten Beziehungen zwischen Kirche und Staat erfordert. Das gilt in der komplizierten Lebenswirklichkeit von heute erst recht. Was dies mit der Beschneidung des Freiheitsraumes für den Bürger zu tun hat, ist unfindlich.

Die eigentliche politische und gesellschaftspolitische Schwäche des vorliegenden FDP-Papiers liegt in der so gut wie völligen Vernachlässigung der Größe „Gesellschaft“. Das Leben von heute bleibt nur erträglich, wenn man einer freien Gesellschaft, die nicht mit dem Staat identisch ist, ihr eigenständiges Lebensrecht läßt. In diesem Raum lebt die Kirche, leben aber auch die mannigfachen Einrichtungen und Gruppen, in denen die Bürger eines Staates ihr vielgestaltiges Leben führen. Die politischen Parteien tun gut daran, diesen Raum nicht ohne Not bevormunden zu wollen.

Immer wieder ist in der Diskussion in einer Weise, die unnötige Gereiztheiten auslöst, von Privile-

gien und Einflüssen der Kirchen die Rede. Welche Gruppe in unserer Gesellschaft und welche Einrichtung will eigentlich keinen Einfluß haben? Ist das verboten? Die Frage ist lediglich die, ob dieser Einfluß für sachfremde Zwecke mißbraucht wird oder ob er im Dienst einer wichtigen und unentbehrlichen Funktion in der Gesellschaft steht. So ist zum Beispiel der kirchliche Einfluß in Einrichtungen für Kranke und Behinderte nicht eben gering zu veranschlagen; oder man denke an die Rolle, die die Kirchen in

der Förderung des Friedensgedankens und der Entwicklungshilfe spielen. Die FDP sollte sich vor dem Eindruck hüten, sie wolle christliche und kirchliche Lebensäußerungen diskriminieren und den Ruf mancher aufnehmen, die Kirche sei an allen Mängeln in Staat und Gesellschaft schuld. Das Ergebnis würde nicht nur eine andere Kirche, sondern auch ein anderer Staat und eine andere, bevormundete Gesellschaft sein.

Die Behandlung von Einzelheiten des FDP-Papiers muß anderen Ge-

legenheiten überlassen bleiben. Immer wieder überraschen sehr eilfertige Urteile und Forderungen, denen eine entsprechende Kenntnis geschichtlicher, gesellschaftlicher, geistiger und rechtlicher Zusammenhänge nicht entspricht (etwa zum Religionsunterricht, zur Kirchensteuer und zu den Kirchenverträgen). Man kann da nur hoffen, daß wir nicht auch auf anderen Gebieten in vergleichbarer Weise regiert werden oder regiert werden sollen. Jugendlich Schwung kann da nicht ausreichen.

Keine brauchbare Grundlage

Helmut Kohl

Ein Sonderausschuß des Bundesvorstandes der FDP hat in diesen Tagen Thesen zum Verhältnis von Kirche und Staat vorgelegt. Die CDU lehnt dieses Papier in seinen Grundzügen wie in seiner Zielrichtung ab.

Sie gehen von einem wirklichkeitsfremden Bild unseres Staates und unserer Gesellschaft aus. Keine politische Partei ist heute bereit, Weisungen von den Kirchen entgegenzunehmen, noch solche dorthin zu geben. Wer davon ausgeht, daß die Kirchen heute einen beherrschenden Einfluß auf die Politik in Bund, Ländern oder Gemeinden ausüben wollten oder könnten, verkennt die tatsächliche Lage. Die Vermengung von Staat und Kirche ist also kein akutes Problem. Heute bewegen sich die Sorgen liberal denkender Bürger in eine ganz andere Richtung: Sie konzentrieren sich auf die Gefahr, daß die weitere Verdrängung des christlichen Gedankengutes aus dem öffentlichen Bewußtsein ein geistiges Vakuum entstehen läßt, in das radikale Ersatzreligionen hineinstoßen.

Die in dem Papier erhobene Forderung nach Trennung von Staat und Kirche beinhaltet ein grundsätzliches Mißverständnis über das Wesen einer pluralistischen Demokratie. Die Kirchen sind integrierte Bestandteile unserer Gesellschaft,

nicht weniger als Gewerkschaften, Bauernverband oder Kriegsoferverbände. Auch die Zahl ihrer Mitglieder spielt bei der Umschreibung ihrer öffentlichen Stellung durchaus eine Rolle. Die Verfasser wollen offenbar nicht zur Kenntnis nehmen, daß sich die Kirchen mehr als andere Gruppen auch als Fürsprecher der allgemeinen Bedürfnisse über die Gruppeninteressen hinaus bewährt haben. Ihre Beiträge beispielsweise zur Sozialpolitik und zur Entwicklungshilfe sind unübersehbar und müssen deshalb bei einer Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche beachtet werden.

Die FDP-Kommission verkennt bei der Frage des Subsidiaritätsprinzips in der Sozialpolitik, daß die großen gesellschaftlichen Aufgaben der Gegenwart sowohl vom Staat und den Gemeinden wie auch von den kirchlichen Institutionen nicht allein gelöst werden können. Es kann also nicht um den Ausschließlichkeitsanspruch der einen oder der anderen Seite, sondern nur um eine Kooperation in Freiheit und Vielfalt gehen. Die Sozialpolitik der vergangenen Jahre legt ein beredtes Zeugnis davon ab, daß die Zusammenarbeit gute Ergebnisse hat.

Wer annimmt, alle öffentlichen Aufgaben müßten von der öffentlichen Hand erfüllt werden, sprengt

die Grundlagen liberaler Politik. Dem liberalen Denken entspricht doch im Gegenteil die Annahme, daß Effektivität und Freiheitlichkeit am besten dadurch gewährleistet seien, daß auch die öffentlichen Aufgaben, besonders die Sicherstellung der Versorgungsleistungen, nicht verstaatlicht, sondern so weit wie irgend möglich der gesellschaftlichen Eigeninitiative überlassen werden.

Wer die Kirchensteuer abschaffen will, muß wissen, daß damit auch die finanziellen Grundlagen für die verzweigten sozialen Leistungen der Kirchen entfallen. Und er muß zugleich Farbe bekennen, ob er diese Leistungen (Schulen, Altenheime, Heime für geistig Behinderte, Kindergärten, Entwicklungshilfe usw.) ersatzlos streichen oder ob er zu ihrer Aufrechterhaltung die staatlichen Steuern entsprechend erhöhen will.

Ich will nicht bezweifeln, daß an der Stellung der Kirchen zu Staat und Gesellschaft noch manches überholt ist und daher geändert werden sollte. Das gilt z. B. für manche Steuer- und Gebührenprivilegien und für manche Arten von Staatsleistungen. Für eine solche möglicherweise notwendige Frontbegradigung bieten die kirchenpolitischen Thesen der FDP-Kommission leider keine brauchbare Grundlage.

Die wichtigsten Ergebnisse aus den Arbeitskreisen der EAK-Bundestagung

Wesentliche Diskussionsbeiträge für die Arbeit der Union

Die diesjährige 18. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU fand vom 7. bis 9. September 1973 in München statt. Im folgenden bringen wir die Ergebnisse aus den Arbeitskreisen, da diese auch für die Arbeit auf örtlicher Ebene wertvolles Arbeitsmaterial darstellen. In Kürze erscheint darüber hinaus eine Broschüre mit den Referaten und Diskussionsbeiträgen der 18. Bundestagung. Diese Publikation erhalten alle Teilnehmer der Münchener Tagung kostenlos zugeschickt; weitere Interessenten bitten wir um Anforderung auf einer Postkarte bei der Geschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, 53 Bonn, Kaiserstraße 22.

Arbeitskreis I:

„Arbeit – Selbstverwirklichung oder Ausbeutung?“

**Berichterstatter: Staatssekretär
Dr. Karl Hillermeier, MdL, München**

**Leitung: Minister Annemarie Griesinger,
MdL, Stuttgart**

Referenten:

Georg Badeck, MdL, Frankfurt (Main)

Dr. Philipp von Bismarck, MdB, Bonn

Kurt Böckmann, MdL, Ludwigshafen

Dr. Karl-Heinz Narjes, MdB, Kiel

Der Arbeitskreis hat es als seine Aufgabe befrachtet, unter dem gestellten Thema einen aktuellen Beitrag zur Diskussion über die Fortentwicklung unserer Arbeitswelt zu leisten.

Unter den Teilnehmern konnte sehr schnell Einigung darüber erzielt werden, daß das Gegensatzpaar Selbstverwirklichung und Ausbeutung nicht mehr im marxistischen Sinne verstanden werden kann, da durch die arbeits- und sozialpolitische Entwicklung der Vorstellungswelt von Karl Marx der Boden entzogen wurde. Unter dieser Prämisse kann demgemäß heute Selbstverwirklichung nur als freie Entfaltung der Persönlichkeit im Arbeits- und Berufsleben verstanden werden, wobei das natürliche Spannungsverhältnis zwischen den Gruppierungen unserer pluralisti-

schen Gesellschaft eine ständige dynamische Betrachtungsweise dieses Begriffes erfordert.

Als Ergebnis der sehr lebendigen Diskussion kann im einzelnen festgestellt werden:

1. Der hier betroffene Personenkreis reicht weit über 8 Millionen Industriebeschäftigte hinaus.

2. Als Grundfrage stellt sich das Problem, wie kann die zum Teil noch vorherrschende Auffassung vom Fluch der Arbeit beseitigt und ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Last und Freude der Arbeit herbeigeführt werden.

3. Zu erreichen ist dies vornehmlich durch berufliche Aus- und Fortbildung von Vorgesetzten und Mitarbeitern, um dadurch die Fähigkeit zur Übernahme von Verantwortung zu stärken.

4. Ein weiterer Gesichtspunkt ist die Verbesserung des horizontalen und vertikalen Informationsaustausches in den Betrieben und in der Verwaltung.

5. Mitverantwortung bedingt Mitbestimmung. Diese darf sich aber nicht im Wechsel von einer Machtstruktur zu einer anderen erschöpfen, sondern muß zum echten Partnerschaftsverhältnis führen, wobei für beide Seiten auch Risiken in Kauf genommen werden müssen.

6. Die Selbstverwirklichung des einzelnen findet ihre Grenze im Selbstverwirklichungsanspruch des anderen. Sie bedingt Solidarität mit denjenigen, die in ihrer vollen

Leistungsfähigkeit beeinträchtigt sind.

7. Zur Erlangung von mehr Freude an der Arbeit gehört als permanente Aufgabe für die Arbeitgeber eine menschengerechte Gestaltung des Arbeitsplatzes mit dem Ziel, nicht wie früher den Menschen an die Arbeit, sondern die Arbeit an den Menschen anzupassen.

8. Um eine höchstmögliche Deckungsgleichheit zwischen Arbeitsplatzanforderung und Arbeitsplatzbesetzung zu erreichen, ist eine unkomplizierte innerbetriebliche Umsetzungsmöglichkeit anzustreben.

9. Vermögensbildung durch verstärkte Beteiligung der Arbeitnehmer am Kapital ihres Unternehmens führt zu Eigentümermitverantwortung für das Risiko und den eigenen Arbeitsplatz, baut Fremdheit und das Gefühl ab, dem Vorteil anderer zu dienen.

10. Es muß noch in stärkerem Maße erkannt werden, daß Leistungswille und Leistungsvermögen sowie die positive Einstellung zur Arbeit in einem engen wechselseitigen Zusammenhang mit einer sinnvollen Freizeitgestaltung und einem harmonischen Familienleben stehen.

Arbeit soll im Gegensatz zu überholten klassenkämpferischen Vorstellungen den Freiheitsraum für jeden einzelnen vergrößern und es ihm ermöglichen, diese Freiheit selbstverantwortlich, aber auch in Verantwortung gegenüber dem anderen, zu gestalten.

Arbeitskreis II:

„Bildung — zur Freiheit erziehen“

Berichtersteller:

Dr. Albert Probst, MdB, München

Leitung: Gerd Langguth, Bonn

Referenten:

Kultusminister Prof. D. Dr. Wilhelm Hahn, MdL, Heidelberg

Prof. Dr.-Ing. Fritz Leonhard, Stuttgart
Albrecht Martin, MdL, Bad Kreuznach
Roland-Friedrich Messner, MdL, München

Der Arbeitskreis hat sich aufgrund von vier einleitenden Kurzreferaten in einer dreieinhalbstündigen Diskussion mit dem grundsätzlichen Problem von Bildung und Erziehung, Freiheit und Autorität befaßt.

In nahezu 50 Diskussionsbeiträgen standen folgende Gesichtspunkte im Vordergrund:

1. Es existiert gegenwärtig keine allgemein anerkannte Bildungs-idee.

Wir befinden uns in einer Zeit des Umbruchs bisher gültiger Werte und Normen; die christliche Ethik wird von weiten Teilen der Bevölkerung in Frage gestellt.

2. Bildung und Erziehung sind gemeinsame Aufgabe von Elternhaus und Schule. Wo gemeinsame Verantwortung vorgegeben ist, kann ein Versagen nicht allein der Schule angelastet werden.

3. Viele Einflüsse außerhalb von Schule und Elternhaus prägen den jungen Menschen heute mehr denn je.

4. Bildung wird heute nicht mehr als Weg zur Selbstverwirklichung und zur persönlichen Freiheit angesehen. Man versteht sie vielmehr als Daseinsvorsorge und als Mittel zum sozialen Aufstieg.

5. Oberstes Ziel der Erziehung ist die freie Persönlichkeit, die um politische und soziale Verantwortung weiß, durch Kenntnis geschichtlich gewachsener Kultur und Verständnis der modernen wissenschaftlich-technischen Welt sich auch in der heutigen Berufswelt bewährt.

Zielpunkt jeder Bildung und realistischen Bildungspolitik ist daher die Würde des Menschen.

6. Bildung muß zu einer Freiheit befähigen, die Freiheit zur Verantwortung ist. Freiheit bindet an unsere Grundordnung, weil nur diese persönliche Freiheit gleichermaßen gewährt und schützt.

7. Für den aus Freiheit und Verantwortung handelnden Menschen ist Autorität unverzichtbar. Sie legitimiert sich in erster Linie durch sachliche und moralische Kompetenz.

8. Ein modernes Bildungswesen muß dazu in die Lage versetzen, sich selbständig in seiner Welt orientieren zu können.

Chancengleichheit darf nicht zur Nivellierung der Chancen führen, sondern muß jedem die seiner Anlage entsprechende gleiche Chance ermöglichen. Es geht also um die Entwicklung einer Vielfalt von Begabungen für sehr verschiedene Lebenswege. Berufspraktische Ausbildungsgänge müssen gleichrangig neben theoretisch-abstrakten stehen.

Die Teilnehmer des Plenums und des Podiums brachten einhellig ihre Sorge zum Ausdruck über das Eindringen extremistischer Ideologien in das Bildungswesen, wobei letztlich gerade die Diskussion um die Bildungsinhalte von der CDU/CSU offensiv geführt werden muß. Der Kampf um Freiheit gegen Indoktrination und Intoleranz muß entschieden geführt werden. Die Diskussionsteilnehmer betonten ausdrücklich, daß die Solidarität auch jene einschließt, die in totalitären Staaten wegen ihres Eintretens für die Freiheit Diskriminierungen und Verfolgungen zu ertragen haben, wie dies jüngst am Beispiel sowjetischer Intellektueller und Schriftsteller deutlich wurde.

Unsere Autoren

Dr. Peter Egen
5606 Tönisheide
Schubertstraße 32

Klaus-Jürgen Laube, Pfarrer
4900 Herford
Münsterkirchplatz 3

Erwin Wilkens, Oberkirchenrat
3000 Hannover
Herrenhäuser Straße

Dr. Helmut Kohl, MdL
6500 Mainz
Staatskanzlei

Arbeitskreis III:

„Staat — zwischen Demokratie und Klassenkampf“

Berichtersteller:

Hans Maurer, MdL, Ansbach

Leitung: Dr. Hans Georg Wieck, Bonn

Referenten:

Prof. Dr. Axel von Campenhausen, München

Dr. Werner Dollinger, MdB, Neustadt (Aisch)

Johannes Gross, Chefredakteur, Köln
Ministerpräsident Dr. Helmut Kohl, MdL, Mainz

Der Arbeitskreis III hat sich unter dem Gesamthema „Staat zwischen Demokratie und Klassenkampf“ vor allem mit folgenden drei aktuellen Fragenkreisen beschäftigt:

1. a) Kann die parlamentarische Demokratie die Staatsform der Zukunft bleiben?

1. b) Soll die Entscheidungsfreiheit des Abgeordneten, die durch das Grundgesetz gegeben ist, durch ein imperatives Mandat ersetzt werden?

2. Bleibt die persönliche Eigenverantwortung des einzelnen konstitutives Element der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung oder soll sie durch eine organisationsgebundene Verantwortung ersetzt werden?

3. Ist unser Staat ein Klassenstaat, in dem Klassenkampf stattfindet?

Zu 1.:

Die Frage nach der Überlebenschance des Parlamentarismus ist nicht neu. Sie wird heute aber verstärkt gestellt. Die parlamentarische Demokratie erscheint allein in der Lage, die konkurrierenden Interessen einer pluralistischen Gesellschaft im Sinne des Gemeinwohls auszugleichen. Gleichzeitig ist in ihr als wesentliches Merkmal die Verantwortung des Mandatsträgers vorhanden. Er muß sich mit seinen Entscheidungen immer wieder dem Wähler stellen. Diese Verantwortung und Kontrolle ist durch kein anderes System zu ersetzen. Das Vertrauen der Öffentlichkeit in das parlamentarische System muß daher gestärkt werden.

Das heute von Gruppen geforderte imperative Mandat ist abzulehnen, da es mit der Verfassung und mit unserem Demokratieverständnis nicht vereinbar ist. Der Abgeordnete muß in seiner Entscheidung nur seinem Gewissen verantwortlich bleiben. Gleichwohl weist das jetzige System auch Mängel und Schwächen auf. Sie zeigen sich insbesondere darin, daß die politischen Parteien ihrer Aufgabe bei der Auswahl der Kandidaten (Parteienprivileg) nicht immer voll gerecht werden. Deshalb ist anzustreben:

- a) Verstärkung der Mitgliederzahlen der Parteien,
- b) Stärkeres Konkurrenzprinzip bei der Kandidatenaufstellung,
- c) Größere Beteilung der Öffentlichkeit und mehr Transparenz für die Öffentlichkeit,
- d) Mehr Erfolgskontrolle der Mandatsträger.

Die Stärkung plebiszitärer Elemente erscheint problematisch.

Zu 2.:

Der Bürger erwartet heute immer mehr Leistungen und Verantwortung vom Staat. Trotzdem hat er ein verstärktes Mißbehagen gegenüber dem zunehmenden Einfluß staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen auf Angelegenheiten, die seinen persönlichen Entscheidungsbereich betreffen. Deshalb muß die persönliche Verantwortung des einzelnen erhalten bleiben und, wo immer möglich, verstärkt werden. Es scheint, daß die Bereitschaft zum persönlichen Engagement und zur Übernahme von Verantwortung in unserer Gesellschaft, insbesondere bei der Jugend, wieder größer wird. Dabei muß klar gemacht werden, daß Demokratie nicht nur Freiheit, sondern auch Dienst und Verantwortung bedeutet.

Zu 3.:

Wir leben nicht in einem Klassenstaat, sondern in einer Gruppengesellschaft. Marxistische Prognosen in Bezug auf unsere pluralistische Gesellschaft und parlamentarische Demokratie sind nicht eingetroffen. Es gibt keine Verelendung der Arbeitnehmer. Die Lohnabhängigen können in einer sozialverpflichteten Gesellschaft nicht mehr als Träger der Revolution mißbraucht werden.

Wir erkennen jedoch, daß unser pluralistisches System nicht frei von Schwächen ist. Deshalb benötigen wir ein Steuerungssystem, das durch den Staat und die aktive Öffentlichkeit ausgeübt wird und das vor allem den schwächeren Interessengruppen, den Randgruppen, sowie den nötigen Gemeinschaftsaufgaben mehr Rechnung trägt als bisher. Die große Alternative zu Klassenkampf und sozialistischer Staatswirtschaft besteht darin, die Selbst- und Mitbestimmung des einzelnen zu stärken und Chancengerechtigkeit für alle überzeugend herzustellen, so daß der Mensch verantwortlicher Bezugspunkt unserer Gesellschaft bleibt.

Es gehört zu den ernstesten Fragen der Gegenwart, daß wir in der Auseinandersetzung mit den Systemkritikern uns ihr politisches Vokabular und ihre Begriffssprache aufkotroyieren lassen und damit anscheinend ihre Denkweise und Beurteilungsgrundlage übernehmen. Eine Besinnung auf unsere Werte und Terminologie ist nötig, um das Freund-Feind-Verhältnis und damit die Polarisierung unserer Gesellschaft abzubauen.

Arbeitskreis IV:

„Nation – überholt oder aktuell?“

Berichterhalter:

Dr. Winfried Zehetmeier, München

Leitung: Staatssekretär Prof.

Dr. Roman Herzog, Bonn

Referenten:

Prof. Dr. phil. Werner Conze, Heidelberg

Carl-Dieter Spranger, MdB, Ansbach

Dr. Carl Gustaf Ströhm, Journalist,

München

Erwin Wilkens, Hannover,

Vizepräsident der Kanzlei der EKD

I. Im Jahre 1945 war die Einheit des deutschen Nationalstaates, wie sie 1871 und 1919 geprägt worden war, eine Selbstverständlichkeit. Dies fand seinen Niederschlag im Grundgesetz und ist im Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Verfassungsgemäßheit des Grundvertrags festgehalten worden. Nationales Zusammengehörigkeitsgefühl und -bewußtsein läßt sich, wie die Geschichte zeigt, nicht verdrängen

oder auslöschen. Wir können und wollen uns auch nicht aus der Geschichte der deutschen Nation fortstellen. Die Existenz einer deutschen Nation über die innerdeutschen Grenzen hinweg und ohne das Bestehen eines gemeinsamen Staates ist eine Tatsache, deren Auswirkungen auf die zukünftige historische Entwicklung wir freilich nicht abschätzen können.

II. Nationalbewußtsein erweist sich als ein unentbehrlicher Motivationsfaktor für Staat und Gesellschaft und für die Identifikation des einzelnen mit ihnen. Wo dieses emotionale Element im öffentlichen Leben eines Volkes fehlt, nimmt auch die geistige und sittliche Orientierung Schaden. Die staatlichen und gesellschaftlichen Ordnungen verkümmern zu technischen Apparaturen, deren Inhalte beliebig ausgewechselt werden können.

Die Nation ist Träger unserer geistigen und sittlichen Überlieferung. Ohne Klarheit im Verständnis von Nation ist das Geschichtsbewußtsein, von dem aus auch die Zukunftsaufgaben zu bestimmen sind, auf das tiefste gefährdet. Ein in den Grundlagen übereinstimmendes Geschichtsbild ist zumindest als eine allen Gliedern der Nation zu stellende Aufgabe unentbehrlich. Deshalb sind viele heutige Maßnahmen der Bildungs- und Schulpolitik ein Angriff auf wesentliche Fundamente unseres Volkes.

Unabdingbar mit dem Begriff der Nation ist der der Freiheit verbunden. Ein Volk kann erst zur Nation werden, wenn es sich seiner Gemeinsamkeiten in Herkunft, Sprache, Sitte, Kultur, Geschichte, Brauchtum und Raum bewußt ist, sich darüber hinaus als politische Willensgemeinschaft, als Subjekt der Geschichte versteht und vom Willen zur Einheit und Selbstbestimmung erfüllt ist.

Die mythisierende Überhöhung des Begriffes Nation und seine Ansiedlung nur im irrationalen Bereich haben in der jüngsten deutschen Geschichte zur Katastrophe geführt. Daher darf der kritische Akzent keinesfalls verloren gehen, wenn wir heute von der Nation sprechen.

Ebenso müssen wir aber auch mit aller Entschiedenheit den sich abzeichnenden Versuchen der DDR

entgegengetreten, das Nationalbewußtsein der Deutschen jenseits des Stacheldrahtes als Mittel und Motor sozialistisch-aggressiver Politik zu mißbrauchen. Nationales Bewußtsein steht nicht im Widerspruch zur Gestaltung eines vereinigten Westeuropas oder anderer übernationaler politischer und wirtschaftlicher Gebilde. Im Gegenteil: Die Nationen sind konstitutive Faktoren solcher Zusammenschlüsse.

III. Es ist eine hervorragende politische Aufgabe, das Bewußtsein der nationalen Zusammengehörigkeit wachzuhalten und zu pflegen. Besondere Bedeutung kommt dabei dem Geschichtsunterricht in den Schulen zu. Der Begriff der Nation kann aber nur dann erfolgreich mit der jungen Generation diskutiert werden, wenn wir in der Wahl der Argumente, in der Terminologie und im Stil auf die unterschied-

lichen geschichtlichen Erfahrungen der Generationen Rücksicht nehmen.

Es ist Aufgabe der CDU/CSU, sich nicht durch den scheinbar so einleuchtenden Hinweis auf die sogenannten „Realitäten“ der politischen Konstellation von ihrem Willen zur Einheit der Nation abbringen zu lassen. Die „Realität von heute“ kann uns nicht hindern, „Ziele für morgen“ anzustreben.

Aus unserer Arbeit

Evangelischer Arbeitskreis Rems-Murr (Bad.-Württ.)

Waiblingen: Die Aktionsgruppe „Angola-Sonntag“ der Evangelischen Akademie Arnoldshain (Taunus) tritt mit sogenanntem Lehr- und Informationsmaterial an die Öffentlichkeit. Sie will mit diesem Material in Kirchengemeinden beider Konfessionen, Schulen und Jugendgruppen die Unterdrückung in Angola, Mosambik und Guinea-Bissau „dokumentieren“.

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU im Kreisverband Rems-Murr möchte seine Besorgnis über die Vorgehensweise dieser Initiative zum Ausdruck bringen:

1. Das Hauptinformationsmittel der Projektgruppe ist die von ihr selbst herausgegebene Angola-Zeitung. Sie enthält nur Darstellungen aus zweiter oder dritter Hand. Das Bildmaterial wird offensichtlich tendenziös oder falsch kommentiert.

2. In den Artikeln werden Greuel-taten der Portugiesen an Mitgliedern der MPLA, PAJGC und Frelimo angeprangert, ohne im Interesse einer objektiven Information auch auf die mehrfach gemeldeten Gewaltverbrechen der Frelimo in Mosambik und der MPLA in Angola einzugehen. Im Gegenteil, es wird für die letztgenannten Organisationen um Verständnis geworben.

3. Ohne den geringsten Versuch, wirtschafts- und gesellschaftsstrukturelle Zusammenhänge sachlich zu durchleuchten, wird mit Ausdrücken wie Herrschaftsgewalt, Profitgier und Ausbeutung unsachlich argumentiert und damit polemisiert.

Um kein Mißverständnis entstehen zu lassen, möchten wir klar festhalten, daß wir keine Politik der Unterdrückung und wirtschaftlichen Ausbeutung unterstützen. Wir sehen uns aber als evangelische Christen gezwungen, uns von Aktivitäten zu distanzieren, die von Unsachlichkeit und Polemik getragen werden.

Der Evangelische Arbeitskreis hält es geradezu für unchristlich, hieraus einen „Angola-Sonntag“, sprich einen Angola-Gottesdienst gestalten zu wollen.

Dürfen wir unter dem Dach der Kirche den Teufel mit dem Beelzebub austreiben? Haben wir das Recht, zum jetzigen Zeitpunkt die eine oder die andere Seite als Teufel oder Beelzebub abzustempeln? Sollten wir uns nicht vielmehr so für unterdrückte Mitmenschen in unserer Welt einsetzen, indem wir versuchen, die Hintergründe unmenschlicher Politik zu ermitteln, um vom besseren Verständnis her gegen Geschehnisse, wie sie dort angeprangert werden, einzuwirken? Unser Gewissen verpflichtet uns zu Objektivität und Gerechtigkeit.

gez. Wolfgang H. Wagner
Vorsitzender

Aus den Tagungsprogrammen der Akademien

Aus technischen Gründen bringen wir in dieser Ausgabe der Evangelischen Verantwortung ausnahmsweise keine Hinweise auf Akademietagungen. In der Novemberausgabe werden Sie diese jedoch wieder wie gewohnt finden. Der Wichtigkeit wegen möchten wir Sie jedoch auf eine Tagung der Evangelischen Akademie Bad Boll vom 12. bis 14. Oktober 1973 in der Ev.-Lutherischen Heimvolkshochschule Hesselberg hinweisen, die sich mit den Rahmenrichtlinien für den Deutschunterricht des Landes Hessen beschäftigt. Diese Tagung ist besonders für Pädagogen vorgesehen; bei Interesse melden Sie sich bitte umgehend bei der Evangelischen Akademie in Bad Boll an. Die Anschriften der Akademien entnehmen Sie bitte den vorhergehenden Ausgaben der Evangelischen Verantwortung.

Die 18. Bundestagung im Spiegel der Presse

Eine ausführliche Presseschau (kostenlos) über die 18. Bundestagung können unsere Leser bei der Redaktion der Evangelischen Verantwortung, 53 Bonn, Kaiserstraße 22 anfordern.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung:

Ein Wort noch zum Evangelischen Arbeitskreis. Zur Überraschung manchen Beobachters hat die Bundestagung gezeigt, daß in ihm viel Sachverstand und Bereitschaft zur politischen Arbeit vorhanden ist. Um so mehr ist es zu bedauern, daß sich diese Arbeitsgemeinschaft zu sehr auf diese eine Tagung im Jahr konzentriert und weitgehend darauf verzichtet, zu politischen Fragen aktuell Stellung zu nehmen...

Süddeutsche Zeitung:

Der „Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU“, der zuletzt ein stilles Mauerblümchendasein im Schatten der Unionsparteien fristete, ist mit seiner Münchner 18. Bundestagung überraschend in den Vordergrund gerückt. Die große Teilnehmerzahl, mehr noch der Aufmarsch der Unionsprominenz, von der sich weder Kohl noch Strauß die Gelegenheit entgehen ließen, gründlich ihre Vorstellungen zu der Frage „Wie wir morgen leben wollen“ darzulegen, schließlich ein sorgfältig konzipiertes außenpolitisches Grundsatzreferat des Arbeitskreisvorsitzenden Gerhard Schröder, demonstrierten neu gewonnenes Gewicht. Der Arbeitskreis hat für die Union offensichtlich neue Bedeutung erfahren...

... Der Aufschwung in München deutet denn auch auf eine vorsichtige Rückorientierung der Partei auf jene Elemente hin, für die das C steht. Kohls nachdrückliches Bekenntnis in München, das C im Namen sei „mindestens so modern wie 1946“ und es bestehe „kein Grund, daran Modifikationen vorzunehmen“, kam wohl kaum von ungefähr. In einer Reihe von Punkten, etwa dem Kirchenpapier der FDP, den Rahmenrichtlinien für den Schulunterricht in Hessen und Nordrhein-Westfalen, dem Verhältnis von Kommunisten zum Staatsdienst, sieht sich die Union mit manchen evangelischen Gruppen in einer gemeinsamen Position, aus der sie sicherlich mehr als nur taktische Konsequenzen zieht. Zum ändern ver spricht eine stärkere Rückbesinnung

auf die Tradition christlicher Gesellschaftslehre einen Ausweg aus jenem viel beklagten „Theoriedefizit“ der Unionsparteien, von dem Kohl auch wieder in München sprach. Hier zeichnet sich die Chance zu einer Alternative zur – sozialistisch bestimmten – Theoriediskussion in der SPD ab.

Der Evangelische Arbeitskreis hat auf seiner Münchner Tagung das Bemühen erkennen lassen, diese Chance zu nutzen, und die Führung der Unionsparteien schien durch ihre demonstrative Aufmerksamkeit ihre Absicht zu bekunden, dem Arbeitskreis diese neue Funktion zuzuweisen. Daß ihm diese Aufgabe nicht leicht fällt, bewiesen die theoretischen Versuche in vier Arbeitsgruppen über Bildung, Arbeit, Nation und Gesellschaft... Das große Aufgebot an Rednern und Publikum ließ indes erkennen, daß man in den Evangelischen Arbeitskreis offenbar wieder Erwartungen setzt.

Stuttgarter Zeitung:

... Der Vorsitzende des Arbeitskreises und außenpolitische Experte der Union, Gerhard Schröder, sagte, die Union sei bereit, die Außen- und Sicherheitspolitik in der Bundesrepublik auf eine breite Basis zu stellen. Dies könne jedoch nicht bedeuten, daß die Union die Ostpolitik der Bundesregierung übernehme. Sie werde vielmehr in kritischer Wachsamkeit darauf achten, daß sich die Ostpolitik nicht zum Nachteil der deutschen Interessen auswirke. Schröder versicherte aber, die Opposition fühle sich an alle Verträge gebunden, die die Bundesregierung geschlossen habe.

Der stellvertretende CSU-Vorsitzende Werner Dollinger warnte vor den radikalen Kräften in der Bundesrepublik. Er äußerte die Auffassung, die Freiheit sei noch niemals seit Kriegsende so bedroht gewesen wie heute. Den Jungsozialisten warf er vor, sie propagierten den Volksfrontgedanken. Dollinger griff auch das von einer FDP-Kommission vorgelegte Kirchenpapier an und bezeichnete es als „nichts anderes als einen großen Rückfall in den freisinnigen Liberalismus“. Von langem Beifall gefolgt war der Zusatz Dollingers: „Es wäre gut, wenn manchmal auch kirchliche Kreise mehr betonten, daß freisinniger Liberalismus und Marxismus keine Entwicklungen sind, die eine Gesellschaft humaner gestalten.“

Allgemeine Zeitung Mainz:

... Kontroversen hatte es schon beim „Vorabendgespräch“ gegeben, als versucht wurde, den Zusammenhang aufzuzeigen zwischen christlichem Glauben und politischen Entscheidungen. „Christsein heiße Mitwirken in der Welt“, sagte der frühere Bundestagspräsident Kai Uwe von Hassel, „und als Politiker könne man sich im politischen Handeln in der

Kirche geborgen fühlen.“ Dieses Geborgensein, diesen Rückhalt der Kirche für den handelnden Politiker sprach auch der Bundestagsabgeordnete Roser an. Er provozierte aber den temperamentvollen Widerspruch des Direktors der Katholischen Akademie Bayern, Dr. Henrich: „Ist das nicht die Kitschckecke des 19. Jahrhunderts? Ich habe überhaupt nicht gewußt, daß Politiker Geborgenheit in der Kirche suchen.“ Die Kirche sei mit der Gesellschaft identisch und könne dem Politiker nicht mehr Geborgenheit geben als den Gläubigen.

Der niedersächsische CDU-Chef Hasse lmann warnte davor, eine Gegenüberstellung zwischen Kirche und Politiker zu konstruieren. Er verwies auf die Ausgangsbasis, das Handeln mit Gott, und erinnerte daran, daß im Text des Grundgesetzes als sechstes Wort „Gott“ stehe. Am Rande tauchte in der Diskussion die Frage auf, ob eine Partei in der Kirche geborgener sein könne als andere Parteien. Die streitbaren Unionspolitiker waren sich während der ganzen Tagung darüber einig, daß die CDU/CSU vor allem wieder die Wahlen gewinnen müsse.

Dessen ungeachtet konferierte der Evangelische Arbeitskreis an diesem heißen Septemberwochenende unter dem geistlichen Wort aus dem Matthäusevangelium: „Was hülfte es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne und nähme doch Schaden an seiner Seele...“

Saarbrücker Zeitung:

Die Frage „Wie wir morgen leben wollen“ ist die Frage nach den Möglichkeiten, das Leben des Menschen mit mehr Freude und Genugtuung zu erfüllen, oder – um ein Schlagwort zu gebrauchen – die Lebensqualität zu erhöhen. Bezeichnend für die 18. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der Union am Wochenende in München war es, daß die Antworten fast ausschließlich von Politikern, nicht aber von den zu Wort kommenden Theologen gegeben wurden.

Die fehlende Schützenhilfe vor allem der an der Front der Gemeinden stehenden evangelischen Pfarrer kann dafür verantwortlich gemacht werden, daß sich die Antworten, wie sie auf die Frage nach dem Leben in der Zukunft von Gerhard Schröder, Werner Dollinger und Franz Josef Strauß gegeben wurden, auf eine harte Kritik an der Politik der Bundesregierung, auf eine Warnung vor marxistischen Gefahren und letztlich auf eine in allen Variationsformen vorgebrachte Begriffsbestimmung der Freiheit beschränkten. Das war gewiß notwendig, denn eine marxistische Gesellschaftsordnung würde den individuellen Freiheitsraum des Menschen im christlichen Sinne bis auf ein Minimum einschränken...